

**Pfand-Condensirte Milch**  
Beste Kindermilch  
Dresdener Molkerei  
Gehr. Pfand.

# Dresdener Nachrichten

40. Jahrgang.

**Curt Heinsius**  
Dresden-N., Tieckstr. 12  
Eingereg. Aut. H. 2160.  
Mehrjährige Garantie.

**Geräuschlose Thürschliesser**

Dresden, 1895.

**Simon's Annenhof**  
Dresden.  
Vorzügliches Mittelstätt-Hotel für Geschäfts- und Vergnügungs-Freisende, Familien und Touristen.  
Im Centrum der Stadt.  
Gutes Restaurant Biersal, Pilsener.  
Mässige Preise.

**Tuchwaaren.**  
Den Eingang sämtlicher Neuheiten für das Frühjahr setzen ergebenst an  
**Pörschel & Schneider.**  
Scheffelstrasse 10.  
Mustersendungen franco.

Alle technischen Waaren von  
**Gummi Asbest**  
Gummitabrik Reinhardt Leupold, Dresden-A., Vertikalerstr. 22

**F. B. Müller**  
Dresden, 2 Mathildenstr. 2  
95 Orig. „Humber“ Fahrräder.

**Herren-Garderobe-Maassgeschäft Carl Knoblauch**

empfehlen Saison-Neuheiten in- und ausländischer Stoffe.  
**Specialität: Talare und Baretts für Pastoren und Juristen.**

**Waisenhausstrasse 38**  
(zunächst dem Georgplatz).

**Mr. 71. Spiegel:**

Zusammenritt des preussischen Staatsraths, Vernehmlichungen, Erbvertragsverhandlungen, Sacher Rath, Lohnabwändelung, Hundertende.

Beamtliche Bitterung, Forderungen.

**Dienstag, 12. März.**

**Politik.**

Heute wird in Berlin unter dem Vorsitz des Kaisers die sogenannte „engere Berathung“ des preussischen Staatsraths zusammengetreten, um über die Mittel zur Befreiung der Lage der Landwirtschaft ein Gutachten abzugeben. Der preussische Staatsrath ist in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts so selten in Wirklichkeit getreten, daß es Viele geben wird, die sich keine rechte Vorstellung davon machen können, welche Bewandnis es eigentlich mit diesem Collegium haben mag. Er war im Jahre 1817 in's Leben gerufen worden und bildete in der vorwärtigen Zeit, vor der Einführung der Verfassung, einen gewissen Ersatz für die Volksoberkeit, inwieweit er selbstständig über die Funktionen einer nur halbverwirklichten, begrenzten Regierung, niemals einer gesetzgebenden, besaß. Der Staatsrath soll nach der Verordnung, durch die er vor 80 Jahren in's Leben gerufen wurde, lediglich aus den Prinzen des königlichen Hauses, aus Staatsdienern, die durch ihr Amt zu Mitgliedern berufen sind und aus Staatsdienern, denen durch das besondere Vertrauen des Monarchen Sitz und Stimme beigelegt wird. Die „engere Berathung“ wurde erst im Jahre 1818 eingeführt, zu dem Zwecke, eine Vereinfachung und Abklärung der Verfassungen des ganzen Staatsraths herbeizuführen. Damals gelangte sie gar nicht zur Thätigkeit, weil die Revolution dem ganzen Staatsrath ein Ende machte. Dieser wurde erst vier Jahre später wieder berufen und 1851 förmlich wieder eröffnet. Dann hat er 3 Jahrzehnte lang geschlafen, bis er im Jahre 1881 dem kaiserlichen Reichstag reorganisiert wurde. Damals wurde der Kronprinz Friedrich zur Leitung seiner Geschäfte berufen, während in dessen Vertretung Prinz Bismarck den Vorsitz führen sollte. Gleichzeitig erfolgten zur Wiederbelebung der Institution zahlreiche Ernennungen zu Mitgliedern des Staatsraths und zwar wurden nicht blos, wie ursprünglich vorgeschrieben, Staatsdiener, sondern Persönlichkeiten, die eine hervorragende Stellung im öffentlichen Leben einnahmen, berufen. Neben den geringfügigen Änderungen des Landtages hat der Staatsrath lediglich die Aufgabe, in wichtigen Fragen, vor der Einbringung von Gesetzentwürfen zur Lösung derselben, dem Monarchen und dessen höchsten Rathgebern, den Ministern, mit Vorschlägen und Gutachten zur Seite zu stehen, um dadurch die Beratung des Kaisers und der Regierung in Bezug auf die Gegenstände, die zur Entscheidung gestellt sind, zu vervollständigen.

Zum letzten Male ist der preussische Staatsrath vor 3 Jahren zusammengetreten, zur Vorbereitung der Arbeiterkündigungsgesetzgebung. Die Beratungen und Beschlüsse der Körperschaft wurden damals geheim gehalten. Einen erwünschten Eindruck haben sie jedenfalls nicht gehabt. Es war jene kritische Zeit, die der Entlassung des Reichskanzlers vorausging. Kaiser Kaiser war zu der Überzeugung gelangt, daß man das Sozialistengesetz fallen lassen müsse und daß die Sozialdemokratie in der Hauptsache durch weitestgehende positive Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik beseitigt und verdrängt werden müsse. Verzeichnend für die damalige Stimmung des Monarchen war es, daß sich unter den Sachverständigen, die zu den Beratungen der Arbeitensatzungen des Staatsraths hinzugezogen wurden, ein mehrerer Sozialdemokrat, der Kaiser Bismarck, besond. der auch mit den Mitgliedern des Staatsraths zum Festmahle im Schloß geladen wurde. Der Kaiser fragte ihn nach der Aufhebung der Last: „Glauben Sie, daß Ihre Führer im Reichstage etwas für Sie thun würden?“ Bismarck antwortete: „Ja wohl, Majestät, sie haben es ja versprochen, und wenn sie nichts thun, dann wählen wir sie nicht wieder.“ Hierauf bemerkte der Kaiser: „Aha, wir werden ja sehen. Wenn man nur einmal die Probe machen könnte, und diese Herren die Verantwortung der Regierung tragen müßten, aber ich kann doch nicht Hebel auf den Thron lassen.“ In der Anrede, mit welcher der Kaiser die Staatsrathssitzung schloß, hatte er geäußert: „Mit der Sozialdemokratie werde ich nötigen Falls allein fertig werden und bedarf Ihres Rathes und Ihrer Unterstützung dazu nicht.“ Zugleich dürfte Kaiser Wilhelm anderer Ansicht geworden sein. Denn im Herbst vorigen Jahres forderte er in seiner Königsberger Rede alle staatszerstörenden Elemente auf, ihn im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. „Auf zum Kampfe“, so lautete sein Ruf, „zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes. Wohlan, lassen Sie uns in diesem Kampfe hineingehen! Ohnlos, wer seinen König im Stiche läßt!“

In ähnlicher Weise wie vor fünf Jahren dürfte sich der Kaiser auch diesmal an den Beratungen des Staatsraths über die zu ergreifenden agrarpolitischen Maßnahmen beteiligen. Er führte damals den Vorsitz, leitete die Erörterungen, führte die Rednerliste, formulierte die Fragestellungen und beaufsichtigte die Abstimmungen. Es wird sich bei den bevorstehenden Verhandlungen der preussischen Körperschaft um die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen handeln, die gegenwärtig nicht blos für Preußen, sondern auch für das ganze Reich von der größten Bedeutung sind. Die Art, wie der Kaiser in der „engeren Berathung“ des Staatsraths über die Nothlage der Landwirtschaft und die Mittel zur Hebung unterrichtet und beraten wird, dürfte für die positiven Maßnahmen entscheidend sein, die demnächst auf dem Gebiete der agrarpolitischen Gesetzgebung in Aussicht genommen werden sollen. Das Programm, welches den Beratungen zu Grunde gelegt werden soll, erstreckt sich auf alle Fragen, von deren Lösung unsere Landwirtschaft eine Besserung ihrer Lage erwarten kann. Die vornehmste Aufgabe betrifft die Maßnahmen zur Hebung der

Preise der landwirtschaftlichen Produkte, und zwar des Getreides wie des Jutes und Zuckers. Am Vorderrande des Interesses wird hierbei natürlich die Erörterung des Antwohns stehen, der zur Zeit im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht und dessen Lösliche in weiten Kreisen unseres Vaterlandes mit noch größerer Spannung entgegensehen wird, als demjenigen der Umstrukturierung. Die Gegner des Antwohns stehen in seiner Ablehnung durch den Staatsrath, falls es dort überhaupt in einer förmlichen Abstimmung darüber kommen sollte, die empfindlichste Niederlage des Anarchismus erleben. Mit Recht: denn die agrarpolitischen Forderungen sind nicht im dem Antwohn, aber sie sind damit noch nicht erledigt abgelehnt und erledigt, wenn der Weg zur Hebung des Getreidepreises, der in diesem Antwohn empfohlen wird, zur Zeit von möglicherweise als nicht gangbar angesehen werden sollte. In keinem Falle ist zu erwarten, daß die Erörterungen des Staatsraths, an denen sich bewährte Männer von unabweislicher Sachkunde beteiligen, zu einem völlig negativen Ergebnisse führen werden. Die Nothlage der Landwirtschaft ist eine so ernste und dringliche, daß man unter allen Umständen zu der positiven Überzeugung gelangen muß, es sei die allerhöchste Zeit, die schonen Befreiungen, mit denen namentlich seit Jahren unsere Landwirtschaft immer wieder abgelehnt worden sind, in Erfolg verbrechende Thaten zu setzen. Soviel Vertrauen darf man den Männern, die jetzt über die Lage der Landwirtschaft beraten werden, wohl entgegenbringen, um anzunehmen zu können, daß sie sich nicht, wie Einige Richter meinen, dazu hergeben werden, ein bloßes Conditivspiel zu treiben, in der ausgesprochenen Absicht, den Hauptforderungen zur Befreiung der landwirtschaftlichen Verhältnisse ein ehrenvolles Begräbnis zu bereiten und den Agrariern die „Giltzähne“ anzubringen. Welche unwürdige Rolle läßt man dem Kaiser, dem man doch die Initiative zur Einberufung des Staatsraths zuschreibt, spielen, wenn man behauptet, die Regierung wolle es mit „einstufigen Jagdgesellschaften“ nicht mehr verdragen, wie zu Zeiten des Grafen Camillo? Man spricht den Kaiser und seinen Beratern den Rath der Hebung ab, wenn man sagt, der Staatsrath solle nur die Conditiv sein, hinter welcher die Regierung Dedung sucht, weil sie nicht selbst auf eigene Verantwortung, die Ablehnung der agrarpolitischen Forderungen anzusprechen mag. Niemand erwartet die Verwirklichung von „Wortern“, wohl aber darf man hoffen, daß das alte Hebenwollen sich Wort: Saum laudite, Jedem das Seine, endlich im höchsten Maße auch auf die Landwirtschaft in Anwendung gebracht wird, wie es Kaiser Wilhelm schon vor vier Jahren versprochen hat.

**Fernsprech- und Fernschreib-Berichte vom 11. März.**

Berlin, Reichstag. Aus der Tagesordnung stehen zu nächst noch die zum Ministerrat beantragten Resolutionen Koblenz (Vereinfachung von Wägen) schon für 1895/96, um den Landwirthen, welche während der Ferienarbeiten freiwillige Verweilung verabschieden, eine Pension nach der Höhe der Reichsversicherung zu gewähren und Schaefer (betreffend Ermäßigung von Abgaben). Die Kommission beantragt, die Resolution Koblenz unterdrückt anzunehmen, die Resolution Schaefer dagegen mit der Änderung, daß Mittel zur allgemeinen Einführung der neuen Abgabe in den Kreis eingekauft werden sollen, sobald es die Finanzlage des Reiches gestattet. — Abg. v. Sellner (Zur.): Durch die Abhandlung verliere die Resolution an Werth, gerade bei der Annahme für Fortsetzung nicht man sich doch nicht nicht so sehr danach, ob eine Ausgabe durch die Finanzlage gestattet werde. — Abg. Schaefer würde sehr gern die Resolution ohne jeden abstrahirenden Zusatz angenommen haben, aber ohne denselben findet die Resolution offenbar keine Vertheidigung. — Abg. Richter: Was soll denn das überhaupt heißen, daß die Sozialdemokratie sich hier in eine Ausgabe von 8 Millionen zu ermaßen, während sie hinterher den Reichsbeitrag zu doch ganz ablehnt. Dieses Verhalten der Herren ist also doch eine leere Telemetrik, und wenn es noch dieser 8 Millionen halber heißen wird, ist es ohne jede Zweckmäßigkeit recht nicht, sind die Sozialdemokraten bereit, die Tabaksteuer zu bewilligen? — Beide Resolutionen werden angenommen, die Schaefer'sche in der Fassung der Kommission. Es folgt der Posten. — Bei dem Gehaltsartikel „Staatssekretäre“ erinnert Abg. Dr. Vögeler (Centr.) daran, daß in Bezug auf die Sonntagsruhe der Beamten Wandel noch sein geordnet sei, gleichwohl aber sei auch der jetzige Zustand noch sehr völig befriedigend, namentlich sei der vorstehende Resolution bezüglich der Postbesetzung noch nicht hinlänglich entprochen. Man erwäge auch dem Verkehre selbst eine Nothlage, wenn man ihn von dieser rücksichtlosen Ausnutzung des Sonntags befreie. Redner empfiehlt im Anschluß hieran die Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution: Den Reichstag zu ersuchen, dabzu zu wirken, daß die Forderung der Sonntagsruhe gleichzeitig mit Aufhebung der Güterzüge auf die vom Reichstag beschlossene Verdrängung des Radebetriebes beim Reichspostamt zur Ausführung gelangt. — Staatssekretäre v. Stephan leitete die mit dieser Forderung verknüpfte Unzulässigkeit für das Postamt dar. Eine ganze Reihe von Rednern würde dann als Citant aufgetreten werden, die Sache werde also beim Alten bleiben. Zweitens: Etwas geziehen konnte, ohne die Verkehrsinteressen zu schädigen, werde es geschehen. — Abg. Dr. Müller-Sögen wünscht Verlesung der Beschlüsse an Sonntagen um die Zeit, wo auch die Geschäfte geöffnet seien, und plaidirt dann unter Berufung auf bezügliche Wünsche von Handelskammern für Verdrängung der Telegraphenleitungen; auch auf diesem Gebiete möge sich Herr v. Stephan als der große Reformator und Reformator erweisen. Ebenso reformbedürftig sei der Postzeitungsartikel. — Staatssekretäre v. Stephan dankt zunächst für die seiner Verwaltung von dem Reichsregner gezeigte Anerkennung. Dasselbe sei ihm umso schätzbarer, als sie von einer Seite des Hauses sehr selten sei. Eine Karte über die Verlesung des Reichshausens sei in Vorbereitung. Das Fernschreiben, die Fernschreiber sind in Deutschland am ausgebreitetsten. In Berlin seien nach Fernschreibern als in ganz Österreich. Verbindungen seien im letzten Jahre nicht weniger als 42 Millionen hergestellt worden. Wenn die Zunahme an neuen Stellen jetzt langsam vermindert, so sei dies nur natürlich, denn zu Anfang hätten sich selbstverständlich Fernschreib-Abonnenten in

Wenig gemindert, und was die Verlesungsmöglichkeit der Abonnenten stellen anlangt, so imponirt ihm das gar nicht, da er ja und selbst Handelskammern, die ihn durch den Reichstag durch eine Handelskammer erst damit anzuzeigen, dann werden es natürlich Sonderrechte nach Wegen des Reichstages des Handelskammern, wenn man vermögen zu keinen Erten eine Ermäßigung auf 100 M. postieren sollte, ist ihm ja auch, ist heute wieder ein Fünftel der Reichstages Handelskammer zugewandt. Hier wird nämlich, daß gerade die großen Erten viel eher eine Verlesungsmöglichkeit bekommen könnten, da sie ja die meisten Einnahmen lieferten. Will man freies die Reichstages für das einfache Briefporto heranziehen, so würde das Alles einen Einnahmestück von 9 Millionen M. kosten, und wenn die Fülle das wolle, so würde es auch neue Steuern verdrängen, und dann mindestens die Tabaksteuer, die bisherigen Minderheiten (Abg. Richter, Vögeler) tritt für eine Verlesung und des Reichstages für einstehe Rechte und für eine Verlesung des Reichstages im Reichstages ein. Erbe man, daß die Reichstages Gesellschaft in Berlin noch beim 3-Monatsporto Gewinne machte, so werde die Post doch ebenfalls wenigstens mit 5 M. fünfteil nehmen können. Redner bemängelt weiter, daß bei Nachbarn von Telegrammen an die zum Reichstag Angehörigen noch keine Gebühren erhoben würden, ebenso bemängelt er die Kostenverlesung unrichtiger Schriften auf dem Postwege. Die Resolution der Kommission habe er angenommen, sowie den Unterbeamten dadurch Erleichterung geschaffen zu haben, daß ihnen im Sommer das Tragen einer leichten Kleidung gestattet werde. Ebenfalls müßten die Postbeamten am Sonntag mit der Arbeit im Handlungsbetrieb in Einklang gebracht werden, jedoch der Nachmittagsdienst wogliche. Redner sagt, daß die Militärämter während der Probezeit nicht das volle Dreiviertel des Einkommens, welches ihnen zustände, ausgezahlt erhielten. Er fordert ferner die Verlesung von Beamten, wie sie entweder aus politischen Gründen oder blos wegen Ansehen auf dem Reichstagesamt in Betracht kämen, in Ansehen zu stellen. Er schlägt vor, daß die Militärämter, wenn sie als außerordentliche Kandidat für die Tabaksteuer, wenn auch angerechnet sei. — Abg. Dr. Schönlank (Zur.): In Bezug auf die Verlesung der Unterbeamten an Sozialisten ist es etwas besser geworden, das sogenannte sozialpolitische System der Postverwaltung ist aber das alte geblieben. So lange man nach wie vor den Militärenten die Arbeit von Zeitweilen — in Hülfsstellen — auf, ohne sie in deren Gehälter anzukommen zu lassen. Im Jahre 1894/95 kamen auf 61,792 Unterbeamte nur 2,118 etatsmäßige Stellen. Noch schlimmer ist das Verhältnis der Gehaltsstellenzahl zu der Zahl der unfindbar angestellten Beamten. Es liegt unbedingt notwendig, die Zahl der unfindbar angestellten Unterbeamten zu vermindern und die unfindbar Anstellung mit der Zeit aus; fallen und auch bei den Militärenten die sehr Anstellung eher einzutreten zu lassen. Ferner ist erforderlich, angemessene Wohnungsverhältnisse und Erholungs- sowie Stellungsanlagen für Zulassener und Unterbeamte zu bewilligen. Die Sozialpolitik der Postverwaltung culminierte ja nur in ihren Unterbeamten. Wie reimt sich aber damit zusammen, daß ein Volksoberkeit einen Revers unterdrücken würde, wozu er auf die Unterstellung verlegt, wenn er vor Erlangung einer geforderten Lebensstellung heilige und dadurch in Noth komme. Ja, wenn kommt denn ein Volksoberkeit in eine geforderte Lebensstellung? Nach 21 Jahren, wenn er etatsmäßig ange stellt wird, und wenn er vor Ablauf dieser 21 Jahre förmlich unzulässig wird, werde er überhaupt nicht sehr angezogen, sondern mit einem geringeren abgehenden. Bei dem Post- und Verkehrsminister, der ja auch eine Wohlthätigkeitseinrichtung sein soll, würde den Unterbeamten Geld nur zu 5 bis 6 Proz. gegeben, höheren Beamten dagegen mit 12 bis 15 Proz. Redner behauptet dann eingeleitet die Heberaufhebung der Unterbeamten, dabei ebenfalls aus Berlin und Leipzig, und erweist ausführlich die Anglegenheit des Postbeamtenverbandes. Daß das Vorhaben gegen die Mitglieder dieses Verbandes unzulässig ist, davon werde sich wohl selbst. Auf jeden Fall seien die Zustände bei der Post in Bezug auf die Gehälter der Unterbeamten, Behandlung, Arbeitszeit sehr reformbedürftig, jedoch der Reichstag wohl daran thue, sich damit zu beschäftigen. — Zweiter vom Reichsoberkeit: Nichts widerspricht der Auslösung des Verfahrens, als sei es Prinzip der Postverwaltung, auf Seiten der Unterbeamten die Höhergestellten zu begünstigen. Die Postverwaltung ist davon weit entfernt. Alle die Einzelheiten, die der Reichsoberkeit unter Namensnennung angeführt, könne er hier nicht wiederlegen, aber er widerwärtig angezogen. Die Verwaltung sei stets befreit, alle ihre Beamten gleichmäßig und gerecht zu behandeln. Dem Abg. Richter erwidert Redner jedoch, daß die Gehaltsbereinigung für die Militärämter während ihrer Probezeit im Reichstagesamt durch eine Heberaufhebung mit der Militärverwaltung ziele. Die Zahl der etatsmäßigen Stellen sei seit 3 Jahren um 15,000 vermindert worden, gegenwärtig seien nur 31 Proz. der Unterbeamten nicht etatsmäßig angestellt, gegen noch 38 Proz. im Jahre 1891. Auch heutzutage könnten die Unterbeamten und thäten es auch. Jener vom Reichsoberkeit erwähnte Revers solle nur Anhänge Leute verhindern, sich von einem Anwesenheitsbesuch einzulassen und zu ihr Unzulässig zu geben. Wenn solche mit 22 Jahren mit zwei, drei Jahren dazwischen — sei das kein Unheil? — Weiterberatung morgen.

Berlin. Die Justizkommission des Reichstages befaßt heute einmütig bezüglich des Reichsoberkeit des Reichsoberkeit, daß der Reichsoberkeit da sein soll, wo die Endurtheil ercheint. Nach einem zweiten angenommenen Antrag sollen Verleger, Redaktoren und Druckereibesitzer das Zeugnis verweigern können, falls der verurteilte Redakteur als Thäter habe. — Wie es heißt, geht der Kaiser zum Geburtstag des kaiserlichen Prinzen und der kaiserlichen Prinzen, den Ministern und den Mitgliedern des Reichsoberkeit nach Friedrichshagen zu reisen, um den kaiserlichen zu beglückwünschen. Ferner soll der Kaiser die Absicht haben, dem Reichsoberkeit die erbliche kaiserliche Würde zu verleihen, daß dieselbe noch bei Beiseiten des kaiserlichen am kaiserlichen Thron übergeht, außerdem soll kaiserliche Biemarck den Titel kaiserlich erhalten. Anwohner diese Angaben zutreffen, bleibt dahin gestellt.

Berlin. Als Gegenstück des Kaisers für den Sultan hat der Generaladjutant des Kaisers, Schalk Weich, der gestern Nachmittag von Berlin abreist ist, ein paar prachtvolle Paläste aus der kaiserlichen Reichsoberkeit mit nach Konstantinopel genommen. — In parlamentarischen Kreisen war heute mit großer Bestimmtheit die Nachricht verbreitet, daß der Reichsoberkeitpräsident Dr. v. Hildebrandt in Breslau zum Ehrenpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt sei. Es heißt ferner, daß die Reichsoberkeit Reichsoberkeit vorher dem Grafen Dönhoff Reichsoberkeit angetragen worden war, welche habe jedoch abgelehnt, weil er zu wenig Bedenken in der Provinz habe.

Photographie - Meier „Adler“  
Rantier Kunstschreibe - Ausführung von Portraits - Gruppen  
II Strömpchen Platz 11, Pörschelstrasse 11/12